

Drucksache

Antrag

zum Landesausschuss der Jungen Union Berlin

am 28.03.2014

Gegenstand des Antrages:

Auflösung des Flüchtlingscamps am Oranienplatz

Der Landesausschuss der Jungen Union Berlin möge beschließen:

Die Junge Union Berlin dankt dem Innensenator Frank Henkel und der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus insgesamt für Ihr Engagement für eine konstruktive Lösung des Problems des Flüchtlingscamps und der Besetzung der Gerhard-Hauptmann-Schule. Auch dem CDU Abgeordneten des betroffenen Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Kurt Wansner, danken wir besonders. Sehr scharf möchten wir in diesem Zusammenhang auch den Angriff auf sein Wahlkreisbüro durch linke Verfassungsfeinde verurteilen.

Wir fordern die SPD auf, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Sollte es nicht bald eine Lösung und eine freiwillige Räumung geben, wird der Senat aufgefordert, eilig zu handeln und das Flüchtlingscamp am Oranienplatz und die Gerhard-Hauptmann-Schule, zur Not mit Hilfe der Polizei, zu räumen.

Begründung:

Das Flüchtlingscamp ist und bleibt illegal, die gegenwärtige Situation ist unhaltbar. Das ursprüngliche Ziel, auf die teils prekäre Lage von Flüchtlingen aufmerksam zu machen, ist längst erreicht, bzw. kann durch ein Informationszelt weiter verfolgt werden. Die Verhandlungen am Runden Tisch dürfen sich nicht ewig hinziehen.

Das Camp stellt nicht nur für die Situation der dortigen Flüchtlinge keine Besserung dar, sondern ist auch angesichts der Brandfälle, mangelhaften Hygienebedingungen und Krawalle mit verletzten Polizisten auch für die Anwohner und Passanten eine Bedrohung der Sicherheit und Lebensqualität. Umfragen zeigen eine erhöhte Frustration der Bürger, nicht zuletzt aufgrund vieler folgenloser Ankündigungen den Konflikt zu beenden.

Die außerordentlich lange Zeit von anderthalb Jahren, in der das Camp bestehen konnte und die Errichtung von befestigten Holzbauten zeigen, dass der Weg, den die Protestler und Beteiligten der SPD und Grüne beschritten haben, unproduktiv war und der falsche ist.

Eine bevorzugte Behandlung von Besetzern gegenüber anderen Flüchtlingen, die sich an Gesetze halten, lehnen wir ab. Der Oranienplatz darf nicht zum Vorbild für künftige Flüchtlinge werden. Der Lösungsansatz hingegen, den die CDU durch Innensenator Frank Henkel präsentiert, orientiert sich an den Prinzipien des Rechtsstaats und muss umgesetzt werden. Henkel hat hierfür unsere volle Unterstützung.

Stattdessen war die Politik der grünen Bezirksbürgermeisterin Kreuzbergs, Monika Hermann, geprägt von Untätigkeit und dem Gewähren einer Erosion der Gesellschaftsordnung. SPD Integrationsministerin Dilek Kolat scheiterte daran, einen soliden Verhandlungsdialog mit den Demonstranten zu finden und konnte dementsprechend auch nur geringe Erfolge oder Fortschritte vorweisen.

Tatsächlich werden die Flüchtlinge kategorisch von ihren sogenannten Sympathisanten am Camp für einen prinzipiellen Protest gegen die Westliche Außenpolitik instrumentalisiert. Ein kompletter

Umzug in ein Wohnheim wurde, ihrem Eskalationsbedürfnis folgend, Ende November 2013 gewaltsam verhindert. Der Versuch, sich mit den Kreisen des Oranienplatzes einigen zu wollen, hatte bloß zur Folge, dass unser Rechtssystem an Legitimation eingebüßt hat und sich eine radikale Plattform für partikuläre illegitime Forderungen festsetzen konnte, der sogar Zugeständnisse gemacht werden. Immer gravierendere Zustände werden mit der Zeit als gegenwärtiger Status hingenommen und das Handlungsvakuum nährt das Selbstbewusstsein der Protestler. Die Stürmung der Bezirksverordnetenversammlung durch Linksextreme im Zuge der Flüchtlingsdebatte

war ein weiterer Skandal und setzt sich mit dem Angriff auf das Wahlkreisbüro von Kurt Wansner fort. Wir verurteilen diese nicht hinnehmbaren Entgleisungen linker Gewalt.

Die Spirale muss mit einer entschiedenen Auflösung des Camps unverzüglich gestoppt werden. Hierzu muss der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mit Senatsmehrheit Frank Henkel dazu ermächtigen, nach seinem Konzept zu handeln. Bei zukünftigen Aktionen dieser Art müssen die Staatsorgane Polizei und Justiz schneller und härter durchgreifen, das haben die Verfehlungen gezeigt. Für die Flüchtlinge sollte eine Lösung abseits des Camps gefunden werden, unter Anwendung von geltendem Asylrecht.

Antragsteller:

Junge Union Charlottenburg-Wilmersdorf